

# Arbeiter-Kommunisten

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Arbeiter-Kommunist“ erscheint jeden Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei. Eine monatlich 2.30 Reich. durch die Post bezogen 2.50 Reich. eine Jahrsheftensumme 26 Reich. und Druck-Vertriebs-Gewinnsteuern für den Bezirk Halle-Merseburg 1.00 Reich. Halle, Druckerei-Verlag 14

Einzelpreis: 12 Goldmarken; 1. d. Ministerie 600 h. Spalte: 70 Goldmarken; 1. d. Ministerie im Druck. Abonnenten zu richten nach Halle, Verlagsstelle 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adresse: „Arbeiter-Kommunist“. Halle, Verlagsstelle: Commers- u. Grotz-Verlag Halle. Verlagsadresse: Verlagsstelle 1045, 1047, 2251.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 16. November 1925

5. Jahrgang \* Nr. 255

## An die Werttätigen in Stadt und Land! Zur Wahl am 29. November

## Unsere Antwort an das „Volksblatt“ und den „Zeiger Volksboten“

Zur Ablehnung unseres Listenangebots an die SPD.

Am 29. November finden in Preußen die Wahlen zu den Provinzialparlamenten und Kreisparlamenten statt. In diesem Tage gehen die Arbeiter in den Städten und die Landbevölkerung auf dem Lande zur Wahl, um ihren politischen Willen Ausdruck zu geben. Angeht die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen werden wir kommunistischen Arbeiter, Vertreter der arbeitenden Massen aus den geistigen Betrieben Mitteldeutschlands, die wir zu einer Parteikonferenz verammelt sind, uns an alle Klassenangehörigen, sowohl an die, die unsere Parteigenossen sind, als auch an jene, die uns noch politisch fernstehen, mit folgenden Ermahnungen:

### Warum halten wir die kommenden Wahlen für so wichtig?

Nicht deswegen, weil wir uns der Illusion hingeben, daß es möglich ist, nur durch einen Stimmzettel das kapitalistische System zu ändern, aber deswegen, weil es durch diese Wahlen gilt, eine proletarische Antwort zu geben.

### eine proletarische Antwort auszusprechen

für all das, was sowohl die Weisheitskunst, wie die Preußenregierung, wie die Provinzial- und Kreisbehörden gegen die Interessen aller Werttätigen in Stadt und Land unternommen und durchgeführt haben.

Nach der Befreiung der arbeitenden Schichten Deutschlands durch das Dawes-Abkommen, nach einem ungeschicklichen Zoll- und Steuerstab, der die gemittelten Massen der arbeitenden Klassen in den Städten dem Hunger nahe bringt und den kleineren Bauern nichts nützt, sondern nur den Großgrundbesitzern, nach einem Aufwertungsbeitrag der Landwirtschaftlichen Parteien, nach Steuererhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen, jetzt eine deflationäre Weisheitskunst, die den außerpolitischen Schicksalen auf ihre innenpolitische reaktionäre Politik, indem sie

### vor der Unterzeichnung des Kriegspaktes von Locarno gegen Sowjet-Rußland

steht.

Der 29. November muß ein gemaltener proletarischer Protest gegen die Vorbereitung des nächsten Krieges bringen durch Stimmabgabe für die einzige Partei, die sowohl gegen alle Damasciden wie auch jetzt gegen die Kriegsvorbereitung gegen Sowjet-Rußland anständig für die kommunistische Partei!

Die bevorstehenden Wahlen gehen aber auch den werttätigen Massen in Preußen Gelegenheit, ihr

### Urteil abzugeben über die Politik der Braun-Severing-Regierung,

die durch folgende reaktionäre Lasten zur Genüge gekennzeichnet wird.

Die Verwaltungsgesetze aus der allerhöchsten Zeit der Reaktion, welche aus den Jahren 1837, 1853 und 1875, sind noch heute unter Braun-Severing fast unverändert in Geltung. Die Folge ist, daß in den Staatsfunktionen nach wie vor die schwerstlasten höheren Beamten überwiegen, und daß die Ministerien und Bureaus des Staates die besten schwarzweißen Reaktionen sind. Um der Arbeiterklasse jede Möglichkeit des Einflusses auf die Verwaltung zu nehmen, hat Severing im Auftrag der Bourgeoisie und der Junker seinen reaktionären Regierungsvorschlägen seit der Aemteilung des Reiches die höchsten Funktionen gewählten Kommunisten die Befähigung zu verweigern.

Es ist kein Wunder, daß demselben die Provinzialparlamenten die allerreaktionärsten Vertreter in den preussischen Senatoren ernannt haben.

Dieser preussische Senatrat ist es gewesen, der die arbeitserfreundliche Politik in der Amnestiefrage, in der Vorbereitung der brutalen Zollvorlagen, bei der Bewilligung der Einbürgerung zur Sicherung des Zollraubes der Agrarier und jetzt bei der Zustimmung des Kriegspaktes von Locarno betreibt.

Die preussische Severing-Politik ist nicht da zum Schutze der Bevölkerung, wie ihr Name „Schutzpolitik“ belagert, sondern sie ist in den Händen Severings als einer Willkürtyrannie geworden, die, indem sie an die Spitze der Bevölkerung die Bürgergewalt organisiert, ausschließlich auf das Proletariat abgerichtet ist. Die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, die Landräte und Amtsvorsteher sind es dann, die wir erinnern nur an Härting und Götze, die je gestaltete Politik gegen das Proletariat isolieren, nach denselben Methoden, nach denen auch die offenen Monarchisten arbeiten.

So soll die Stimmabgabe für die kommunistische Partei am 29. November ein lauter Protest gegen die Gesamtheit dieser bis ins letzte arbeitserfreundliche Politik der Braun-Severing-Regierung sein!

Es gilt aber auch, zu der eigentlichen Tätigkeit der provinziellen Verwaltung zu den kommenden Wahlen Stellung zu nehmen. Ueber wichtige soziale Angelegenheiten der Provinzbevölkerung sollen sich die Wähler am 29. November entscheiden. Die Kriegsvorbereitung, die Erwerbslosenunterstützungsvorläufe, die Weisheitskunst, die Wahlentscheidungen, die Kleinrenten und Rentenfragen, die Arbeitszeit, und die Weisheitskunst unterstehen den Provinzialverwaltungen.

Die Verteilung der Staatsfinanzerinnerte gibt reaktionären Provinzialverwaltungen die Gelegenheit zur Begünstigung der Hauspatronen und der Bodenbesitzer und zur Vergrößerung des Wohnungsgeldes der finanzreichen proletarischen Familien. Der großpatronale Ausbaubereich beruht bei allen wichtigen Wirtschaftsaufgaben der Provinz, bei Haushalten- und Kleinbauern, bei der Elektrifizierung, bei der Fernverkehrswege und bei sonstigen allgemeinen Unternehmungen. Die Arbeiterbewegung und die sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen der Provinz sind ein Tummelplatz für antisoziale und profitorientierte Dummwäuler und Dumfelmänner. Durch sie wird nicht Sozialpolitik betrieben, sondern sie verfolgen politische Verdrummungspolitik.

Am 29. November gilt es, zum Ausdruck zu bringen, daß sich die werttätigen Massen in Stadt und Land diese bis ins letzte profitorientierte Provinzialpolitik nicht mehr gefallen lassen, sondern in dem neuen Provinzialparlament solche Weisheitsverhältnisse schaffen wollen, daß ein neuer, ein arbeitserfreundlicher Kurs in ihm möglich wird.

Was von den Provinzialparlamenten gilt, das gilt im selben Maße für die Kreisparlamente. Der Kreisrat hat das Vorschlagsrecht für die Ernennung der Landräte. Er wählt die Amtsvorsteher und hat Einfluß auf die Auswahl der Schulbeamten und der Schullehrer. Nach bei der Regelung der Wohnungslage und der Weisheitsverhältnisse vermag er eine entscheidende Kontrolle auszuüben.

Darum heißt es auch in bezug auf die Kreisparlamente am 29. November: Jede Stimme jener kommunistischen Partei, die die Interessen der Werttätigen in den Kreisparlamenten bis zum letzten zu wahren bereit ist.

### Welches ist das Hauptziel, das wir uns gesetzt haben bei den Wahlen am 29. November?

Es kommt darauf an, daß überall die bürgerlichen Weisheiten gestürzt werden. Wir mühen es erlangen, daß Mitteldeutschland, das man so oft das rote Herz im Deutschen Reich genannt hat, wirklich zu einer

### roten Hochburg aller werttätigen Schichten in Stadt und Land

wird. Im Hinblick auf dieses Hauptziel begrüßen wir zu der heutigen Konferenz verammelten Arbeiter aus den Betrieben mit Freuden den Schritt der kommunistischen Partei, der darin besteht, eine Listenverbindung zur Verdrummung proletarischer Bestimmen mit der Sozialdemokratischen Partei herbeizuführen. Und wir heißen es aufs allerherzlichste, daß

die sozialdemokratischen Parteimitglieder gegen den Willen der breiten Massen unserer Klassenangehörigen in der SPD, dieses Angebot mit verächtlichen Verdrummungsfunktionen abgelehnt haben nur zu dem einzigen Zweck, um nach Möglichkeit die bürgerliche Mehrheit in den Provinzialparlamenten und Kreisparlamenten zu sichern, um weiter Koalitionspolitik mit dem Bürgertum betreiben zu können, um von der Gnade der Bourgeoisie weiter in bestimmten Staatsfunktionen bleiben zu können.

Dadurch ist es aber umso bedauerlicher geworden, daß die einzige Partei, die wirklich ehrlich die proletarischen Interessen vertreten will, die kommunistische Partei ist.

### Wer eine rote Mehrheit aller Werttätigen erkämpfen helfen will, der kann am 29. Nov. nur den Kommunisten die Stimme geben.

Wir appellieren an die Arbeiterkassen in den Städten, geschlossen anzukommunizieren zur geschlossenen roten Stimmabgabe. Wir wenden uns aber auch ganz besonders an die Landarbeiter und Kleinrentnerfamilien auf dem ländlichen Lande. Die Reaktion hofft, daß sie die Welle der revolutionären Bewegung mit Hilfe der Landbevölkerung wird brechen können. Kleinrentner, Siedler und Pächter und die von den Großgrundbesitzern geführten Landarbeiter, macht einen Schritt durch diese Rechnung, indem Sie am 29. November für die rote Mehrheit stimmen.

So sollen die Wahlen am 29. November ein gewaltiger Schritt vorwärts sein auf der Linie eines roten proletarischen Klassenkampfes gegen die Arbeiterklasse. Rot wählen, den Kommunisten die Stimme geben, das heißt, den Kampf aufnehmen

### für eine Regierung der Arbeiter und kleinen Bauern, für ein unabhängiges sozialistisches Deutschland im freien Bündnis mit der russischen Sowjetunion

Erste Parteiarbeiterkonferenz der SPD. des Bezirks Halle-Merseburg.

Wir bitten unsere Genossen, besonders die Genossen in den Betrieben, sich zu rühren, bei uns zu kommen auf die Sitzung des Arbeiter-Kommunisten im letzten Beirat. Wir bitten sie, sich bei uns zu melden, wenn sie in der Lage sind, uns zu unterstützen. Wir bitten sie, sich bei uns zu melden, wenn sie in der Lage sind, uns zu unterstützen. Wir bitten sie, sich bei uns zu melden, wenn sie in der Lage sind, uns zu unterstützen.

Halle, 16. November.

### Zeit gewonnen, alles gewonnen?

K.V. Endlich nachdem die Frist zu einer Listenverbindung längst verstrichen ist, gehen das hällische „Volksblatt“ und der Zeiger „Volksboten“ in ihren Sonnenabend-Nummern an der Spitze ihrer Wähler auf das Angebot der SPD. ein. Das „Volksblatt“ unter der Hauptüberschrift: „Denkmäler“ der Zeiger: „Volksboten“ unter der Hauptüberschrift: „Das neue Betrugsmännchen der Kommunisten.“ Die Antwort hat wirklich lange Zeit auf sich warten lassen. Daß man die Antwort solange verdröht, bis das Listenangebot seine praktische Bedeutung verloren hatte, zeigt auf das deutlichste, daß die Instanzen der SPD. eine Diskussion über diese Frage innerhalb der eigenen Mitgliedschaft fürchten. Man hofft nun, nachdem man 14 Tage in der sozialdemokratischen Presse sein Sterbenswörtchen gesagt und so die Parteimitglieder im Dunfel gelassen hatte, die nachträglichen Widerstände gegen eine Ablehnung besser abwägen zu können mit dem Hinweis, daß diese Frage der Listenverbindung praktisch bereits hinlänglich geworden sei, und daß sich deshalb eine Diskussion darüber erübrige. Wir haben hier also die ersten Betrugsmännchen der SPD-Instanzen gegen ihre eigenen Mitglieder. Durch diese bemühte Hinanschiebung glauben sie nach der Parole: Zeit gewonnen, alles gewonnen, die Disposition ihrer Mitglieder abgemindert zu haben.

### Wo steht denn nun das „Betrugsmännchen“?

Wer nun glaubt, daß die Antwort, d. h. die Begründung der Ablehnung, infolge der langen Überlegungszeit auch nur in etwas von Standpunkt der SPD. aus gesehen hinsichtlich sei, der ist gewaltig. Hier hat die Zeit nicht Überlegung und Willig gewollt, sondern lediglich eine mechanische, nicht einmal begabte Wiederholung der „Argumente“ des „Vormärts“. Die ganze „Begründung“ hat nur eine einzige: „Betrugsmännchen.“ Es erübrigt sich, die Argumentationen des „Volksblatt“ und des Zeiger „Volksboten“, die nur eine Umkehrung dieses Wortes sind, wiederzugeben. Die fortwährende Wiederholung desselben Gedankenganges macht diesen nicht mehr und erzeugt obenbei bei den nachdenklichen sozialdemokratischen Arbeitern das Gefühl: in unfernen Redaktionen muß die Gedankenarmut chronisch geworden sein.

Wir fühlen uns aber trotzdem verpflichtet, auf diesen Gedanken gang einzugehen.

Was bedeutet das Listenangebot? Es bedeutet, daß die Listenverbindungen beider Parteien zusammengekommen werden. Wer die meisten Stimmen in die „Liste“ bringt, so daß sie zu einem neuen Mandat reichen, erhält dieses Mandat. Es ist klar, daß durch eine solche Listenverbindung in den vielen Provinzialparlamenten und gar Kreisparlamenten eine sehr kritische Anzahl von Mandaten sowohl der SPD. wie auch der SPD. zufallen würden, die ohne Listenverbindung beiden Parteien verloren gehen. Hier im Bezirk und auch in anderen Teilen Preußens können diese Mandate von entscheidender Bedeutung sein für die Frage: Reaktion der SPD. mit der bürgerlichen Parteien oder Zusammengehen der SPD. mit der SPD., um wenigstens in diesem Maße eine proletarische Politik betreiben zu können.

Wir fragen auf Grund dieses eben skizzierten einfachen Sachverhalts jeden ehrlich denkenden Arbeiter: wo und wie ist hier ein Betrugsmännchen zu infizieren? Der Vorwand des Betrugsmännchens wird hier zu einer ganz leeren und abgedroschenen Phrase. Selbst wenn die SPD. betrogen wolle, so wäre es einfach unerfindlich, wie sie betrogen könnte. Wo nicht ist, hat demnach auch der Arbeiter das Recht verloren. Es ist nicht überflüssig, daß die SPD.-Instanzen und Arbeiter ganz genau wissen, daß die Möglichkeit eines Betrugsmännchens überaus nicht besteht. Obenwiederum die bürgerlichen die Deutsche Volkspartei oder sogar die Demokraten (wo ein Bürgerliche zustande gekommen ist) betriegt, oder ungetriegt, die Demokraten bzw. die Deutsche Volkspartei durch eine Listenverbindung die bürgerlichen über die Hand, genau so wenig wäre das auch der Fall bei der Listenverbindung zwischen SPD. und SPD. Wenn die SPD. trotz dem das Argument des Betrugsmännchens gebührt, so macht sie mit ihren Abhandlungen über kommunistische Betrugsmännchen nur ein Betrugsmännchen vor ihren eigenen Mitgliedern.

### Eine infame Fälschung

Um nun das „Betrugsmännchen“, das wir als Betrugsmännchen vor den eigenen Mitgliedern aufgesetzt haben, möglichst nachteilig erscheinen zu lassen, wird als Hauptstück im „Volksblatt“ und im Zeiger „Volksboten“ das Zitat eines kommunistischen Stadtvorredners in Gieritz, Jena, angeführt. Dies Zitat des



# Die Bezirks-Parteiarbeiter-Konferenz Halle-Merleburg

15. November 1925

Die Konferenz, die von 121 Genossen besucht war, hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu bewältigen. Zum ersten Punkt:

## „Bericht von der Reichsparteikonferenz und unsere Aufgaben“

referierte der Genosse Labemann, der auf der Reichsparteikonferenz zum Führer der hiesigen Delegation gewählt war. Er sagte noch einmal die Ehre des Effi-Briefes zusammen und kommt zum Ausdruck, dass die Parteimitglieder im Bezirk zu sprechen, um dann festzustellen, daß die Reichsparteikonferenz auf Grund der politischen Verschiebung jetzt eine gute Plattform für eine praktische Arbeit gegeben hat, und daß unter gegenseitigem Vertrauen gemeinsam auf dieser Plattform gearbeitet werden muß. Wenn ein, was offen zugegeben werden muß, im Bezirk ein wirkliches Leben, was die Verwirklichung der Parteistellung bedeutet, so seien doch nur ganz wenige Krisenperioden vorhanden, die nicht zu dem Effi-Brief Stellung genommen hätten, die teilweise überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder habe sich für die Mehrheit im R. und für die Komintern entschieden. Bei der Diskussion habe sich eine schon vom Vereinigungsparlament an ungenügende politische Durchbildung der Parteimitglieder im Bezirk förmlich bemerkbar gemacht, aber schließlich die Diskussion gründlicher gewesen, als nach dem Oktober 1923. Der Bezirk ist durch die Diskussion ein gutes Stück vorwärtsgekommen, wie das in der vorliegenden Resolution zum Ausdruck gebracht ist. Zu verzeihen sei, daß verschiedene Genossen nur aus Disziplin dem Effi-Brief zugestimmt hätten. Die Partei hätte auf keinen Fall, weder nach innen noch nach außen, erkennen lassen müssen, daß die neue Politik die breite Parteimitgliederarbeit zur Arbeit heranziehen und einen Einblick in der deutschen Arbeiterbewegung durch Gewinnung von unorganisierten und SPD-Arbeitern schaffen.

Genosse Labemann kommt dann in Anlehnung an das Referat des Genossen Dögel auf der Reichsparteikonferenz, auf die Weltwirtschaftliche Lage zu sprechen und auf die Hand in Hand mit der englischen Wirtschaftskrise herausgewachsene linke Gewerkschaftsbewegung. Die Umgruppierungen, die allmählich auch in Deutschland vor sich gehen und zu der in England-Delegationen deutlich beigegeben haben, müssen jetzt auch organisatorisch erfüllt und

## Einheits- und Werbemittee

geschaffen werden. Durch eine wirklich politische Politik auf allen Gebieten ist die Möglichkeit gegeben, daß die deutsche Arbeiterklasse vorwärts schreitet. Die Stilllegungen, die im Bezirk eingeleitet haben, die lange Arbeitszeit, die Anreizmethoden usw., müssen zur Grundlage unserer nächsten Arbeit gemacht werden, die Verbindung mit den Landarbeitern und auch mit den in verschiedenen Gebieten vorhandenen Kleinbauern müssen stärker beachtet werden. Anschließend erfolgt das Referat des Genossen Sachs über:

## „Unsere Gewerkschaftsarbeit“

Er geht davon aus, daß die Beschäftigten nicht, wie es insofern antigewerkschaftliche Tendenzen in den letzten anderthalb Jahren der Fall war, tot auf dem Papier bleiben, sondern wirklich lebendig werden müssen. Er begründet im einzelnen die auf der Reichsparteikonferenz beschlossene Resolution zur Gewerkschaftsarbeit (siehe „Kampfbogen“ Nr. 280), die wirklich praktisch die unmittelbaren Aufgaben lenkt. Er zeigt an verschiedenen Beispielen, daß in der Vergangenheit sehr viele Fragen gerade in der Gewerkschaftsarbeit viel zu schematisch aufgestellt wurden, behandelt die Kampfmethoden in der jetzigen Situation und den Zusammenhang von Gewerkschaftsarbeit und Betriebszellenaufbau. Zum Schluß fordert er alle Genossen auf, enge Verbindung mit der Bezirksleitung und Rektion zu halten, damit diese nicht erst, wenn eine Bewegung ausgebrochen ist, davon erzählt, sondern gründlich vorarbeiten kann.

Vor Eintritt in die Diskussion über beide Referate wird ein Telegramm für den Ungarn vor dem Standgericht beschließen. Genossen Kalk beschließen und ein Brief des an der Konferenz nachbeteiligten Genossen Kalka verlesen, der ausführt, daß er noch wie vor auf dem Boden der Genossen Schölem und Rosenbergs steht, die „übertriebene“ Kritik im Effi-Briefe als durch die Berliner Stadtparlementaristen geschlagen glaubt und der die Gruppe Ernst Meyer als weiterbestehend und als rechte Gefahr hinstellt. Die Entfernung des Genossen Schölem aus dem R. sieht er als organisatorische Strafmaßnahme an.

Genosse Labemann stellt zu diesem Briefe fest, daß Genosse Kalka damit die falsche Politik der Isolierung der Partei von den Massen fortgesetzt wissen wollte, und daß Schölem immer gegen die Parteiziele verstoßen habe.

## Discussion

In der Diskussion kritisiert Genosse Ferdinand Koenen, daß in der vorgelegten Entschließung einleitend noch einmal nur von rechten Fraktionen, daß überhaupt nicht von dem Verständnis zur Komintern gesprochen sei, und daß eine so wichtige Stellungnahme wie zu den neuen monarchistischen Treibern und zu Locarno vollständig fehlerhaft sei. Der Brief des Genossen Kalka zeige, daß im Bezirk die Frage der Gruppierungen und Fraktionen nicht klar von der Seite ihrer politischen Bedeutung aufgestellt ist. Man müsse sich klar sein, daß der Kampf gegen Brandler der Kampf gegen die Generalsen aus dem Lager der Bourgeoisie dem der SPD, genossen sei, der heute hinter der Partei liege. Dann leit die Parteileitung in das andere Extrem gefahren und in diesen Thesen erkrankt. Jetzt erst finden wir am Anfang einer wirklich bolschewistischen Arbeit. Die Partei habe auch wieder zu sehr auf die Spontaneität der Massen gebaut und sei dadurch anstatt an der Spitze, am Schwanz der Bewegung marschiert.

Genosse Fischer stellt fest, daß die Reichsparteikonferenz sich wesentlich von den früheren Parteitagungen durch die überwiegende Anzahl Delegierter aus den Betrieben und Vermeidung übermäßiglicher Reden, dafür aber durch nüchternere Arbeit unterscheiden habe. Gemängelt, daß in den Referaten der Genossen Labemann und Sachs die einzelnen Fragen, wie Stellungnahme zur Parteistellung und zu der in Breslau eine große Rolle spielenden Frage der „Wirtschaftsdemokratie“ nicht gründlicher behandelt seien. Genosse Baumgarten betont, daß die verkappte Ultra-links, von der der Geschäftsbericht auf der Reichsparteikonferenz als der größte Gefahr gesprochen habe, auch in unserem Bezirk beachtet werden müsse. Das habe sich gezeigt, als bei der Stellungnahme des Genossen Labemann gegen Schölem auf der Reichsparteikonferenz sofort viele hässliche Delegierte zu Schölem umgekippt seien, während doch die Delegierten gewählt wurden, weil sie auf dem Boden des Effi-Briefes standen. Das zeige, daß die Diskussion im Bezirk nicht in der Tiefe geführt sei, wie es notwendig war. Daran habe auch Genosse Mostowski als Chefredakteur der Zeitung ein Zeit-Schuld, da er eine unklare Stellung eingenommen und zum Beispiel die Plattform der Genossen Schölem und Rosenbergs lediglich in der Form falsch erklärt habe. Auch Baumgarten kritisiert, daß in der

Resolution nur von einer rechten Fraktion, nicht aber von der linken die Stellung, wie sie Genosse Kalka vertritt, gesprochen wird.

Genosse Kuttel spricht für den kommunistischen Jugendbund und hebt die unwendige enge Zusammenarbeit von Partei und Jugend hervor. Er legt einen Antrag zur Entschärfung der B. vor, der bei der Abstimmung einstimmig angenommen wird.

Genossin Zäuner betont, daß die Parteimitglieder sich mehr um die Frauen, Hausfrauen sowohl wie Arbeiterinnen in den Betrieben kümmern muß, und berichtet aus ihrer praktischen Arbeit der Zurückführung der Arbeiter und Arbeiterinnen in die freien Gewerkschaften.

Genosse Japp wünscht die Entschärfung länger gefaßt und meint, daß man von den Fraktionen mehr rede als sie überhaupt Bedeutung hätten. Er legt Gewicht darauf, daß die einzelnen Arbeiten der Partei wirklich gründlich angeht werden.

Genossin Labemann verurteilt ihre Haltung auf der Reichsparteikonferenz (Stellungnahme für Schölem) zu rechtfertigen und erklärt, daß sie nur aus Disziplin für den Effi-Brief gestimmt und in einer Verlamung, in der sie referierte, auch in der Linie des Effi-Briefes gesprochen habe. Sie ist mit dem Vorgehen des Genossen Labemann gegen Schölem nicht einverstanden und bemängelt, daß auf der Reichsparteikonferenz keine Zeit gefunden wurde, über die Arbeit unter den indifferenteren Fraktionen zu sprechen.

Genosse Kuttel stellt fest, daß der Effi-Brief die Partei wieder lebendig gemacht habe und daß auch die Diskussionen in verschiedenen Gruppierungen kein Nachteil gewesen seien. Er schlägt einige Änderungen in der Entschärfung vor und zitiert an einem Beispiel, das er auf seiner Aufnahmeweise erlebt hat, wie parteiführend die Ideologie verschiedener bisheriger Parteiführer gewesen ist.

Genosse Meyerheim erklärt, daß er auf der Reichsparteikonferenz sich mit dem Genossen Schölem solidarisiert habe, weil man hier nicht Parteidemokratie, sondern die im Effi-Briefe verurteilte Diktatur ausübte und die Gruppe Ernst Meyer ganz anders behandelt habe als die Gruppe um Schölem.

Genosse Gutschuh wünscht, daß die fraktionellen Streitigkeiten jetzt vollständig aufhören und daß nur noch wirklich vorwärtsbringende Fragen behandelt werden. Er vergleicht die Ultra-links mit Metaphysikern und zeigt, daß sie selbst eine andere Praxis leben müßten (z. B. auf kommunistische Gebiete), als ihre Theorie enthielten. Dementshi, die nur mit Vorbehalten dem Effi-Briefe zugestimmt haben, versichert er mit Kaufleuten, die ihre Ware nur „frei ließen“ verkaufen.

Nach der Diskussion über den Genossen Schölem, der erklärt, daß die rechte Gruppierung lediglich eine Folge der ungelungen Parteistände vor dem Effi-Briefe war und in dem Augenblick ihre Existenzberechtigung verloren hat, wo der Partei eine wirkliche Plattform zur Arbeit gegeben ist, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, so daß zehn eingeleitete Genossen nicht mehr zu Worte kamen. — Die Debatte ist ebenfalls ein Zeichen für die Belebung und Gesundung der Partei.

## Schlußwort des Genossen Labemann

In seinem Schlußwort weist Genosse Labemann darauf hin, daß wenn über die Gebiete der Sozialpolitik, der Gewerkschaftspolitik und der Arbeit in den Sportorganisationen in dem Referat nicht gesprochen wurde, so nicht etwa deshalb, weil diese keine wichtige Arbeit sei, sondern weil in dem Referat nicht so viel Fragen aufgenommen werden können. Es ist richtig, daß der Französer Parrelet sehr wichtige Beschlüsse für die Partei gefaßt hat, aber sie betonen keine Wichtigkeit, z. B. die Gewerkschaftsfrage. Man muß offen heute keine Wichtigkeit der Diskussion erklären, wir haben uns in einer Starckheit befangen, wir müssen übergeben zu einer beweglichen Taktik auf Grund der jeweils gegebenen Situation. Wir müssen gerade heute mehr als je zuvor das Bewußtsein zum Siege haben. Ich glaube, daß aus dem Referat nicht herorgegangen ist, daß ich mich auf Spontaneität lege. Wir als Partei müssen auch den kleinsten Wirklichkeitsstempel führen, die kleinste Etappe zur Organisierung der Revolution benützen. Wir müssen das Reaktionslos erlassen, das wir brauchen zur Mobilisierung der Massen. Wir müssen die Steuerfrage, Leuzung, die innen- und außenpolitischen Fragen benutzen, um die Revolution zu organisieren, um die freien Massen der Betrieben zu erhalten für die Revolution. Wenn wir es nicht tun, fallen wir in die Gefahr von 1921. Wir müssen den Weg finden aus der passiven Politik, die bis zur Parteikonferenz gebauert hat.

Wenn der Genosse Koenen sagt, die Bezirksresolution enthalte nicht die Locarno-Frage und die Frage der monarchistischen Gefahr, so ist zu sagen, daß diese Fragen bereits in der Reichsparteikonferenz erörtert sind. Falls sich die Formulierung der Gewerkschaftsfrage des Genossen, der sagte, auch wenn wir 24 Millionen Genossen in den Gewerkschaften hätten, würde die Bürokratie nicht kämpfen wollen. D. h. die internationale Gewerkschaftsfrage, die Politik der Komintern nicht verstehen. Wenn wir durch hervorzuhebende Arbeit der Kommunisten unsere Parole von der Reichsparteikonferenz „zehn Millionen Arbeiter in die Gewerkschaften“ durchführen, so heißt das, keine reformistischen Sengen auf den Gewerkschaften stellen mehr; so heißt das: revolutionäre Arbeiter als Führer der Gewerkschaften hinführen!

Zur Formulierung in Bezug auf die rechte Fraktion: Sowohl das Erscheinen des Effi-Briefes veranlaßte Genossen, die bis dahin lose Verbindung gehabt haben, zur Organisierung einer Fraktion im Bezirkskomitee. Sie haben einen organisierten Vorstoß gegen die Parteileitung unternommen. Diese Dinge verstanden, heißt, nicht möglich sein. Deshalb erhalte ich diese Dinge vollkommen aufrecht. Ich habe aber keinen Zweifel darüber gefaßt, daß eine Klärung der politischen Differenzen erfolgt ist. Ihr ultra-links Fraktion Genosse Labemann nochmals seine Stellungnahme gegen Schölem. In einer persönlichen Erklärung weist Genossin Labemann an, daß sich hier, das hat fortfallen der Frauenbünde, wie sie bisher bestanden, auf Einwirkung des Zentralkomitees zustande gekommen ist.

## Parteilichkeit

Hierauf macht Genosse Richter eine kurze Ausföhrung zur Parteioffenheit. Er fordert die Genossen auf, für schnelle finanzielle Unterstützung der Partei die größte Sorge zu tragen. Das Parteinotopfer muß so schnell wie möglich durchgeführt werden. Außerdem muß für Veroppelung des Mittelvertrandes und für Erhöhung der Beize des „Klassenkampf“ eine partei fortwährende Agitation erfolgen. Diese wichtigen Aufgaben werden als Kominternaufgabe bezeichnet, die nur durch die Arbeit der Partei erfüllt werden kann. Die Partei muß sich in der Umstellung der Partei auf diese Aufgaben vorbereiten. Jetzt muß hier dieser Frage noch gewisse Erfolge zu verzeichnen. Jetzt muß hier weitergearbeitet werden, damit die Verbindung zwischen den einzelnen Betriebszellen und der Organisation fester hergestellt wird. Genosse Richter gibt weiter bekannt, daß die Angelegenheit der Partei und der ihr nachstehenden Betreibe außer den zehn Markt Partei-

notopfer jetzt Prozent ihres Gehalts der Partei zur Verfügung stellen. Wenn ein Parteimitglied durch bringende wirtschaftliche Notlage den Betrag von zehn Markt nicht aufbringen kann, so soll er moralische Verpflichtung, das Parteipotopfer zu bringen, haben. Zu den wichtigsten Aufgaben der Zukunft gehört die Abklärung reiner Landposten. Gemeinsam mit dem R. B. sollen Verfolungen aus Land. Wir werden zu diesem Zweck die Presse darauf einstellen.

In der Diskussion erklären die Genossen für die Durchführung des Parteinotopfers, es wird aber auch auf die Schwere der Aufgabe hingewiesen, die der Einbringung von je zehn Markt pro Parteimitglied entgegensteht. Im Schlußwort geht Genosse Richter auf die Schwierigkeiten ein und erinnert an die Sammlungen des roten Frontkämpfers-Bundes, die glänzend durchgeführt werden muß, wo einige Kameraden sogar je 1500 Marken abgelegt haben. Wir müssen in dieser Frage an das Beispiel der Genossen in den Gefängnissen denken, die viel größere Opfer bringen.

Die Genossin Schumann verliest eine Statistik über die Zusammenfassung der Bezirksparteiarbeiterkonferenzen. Anwesend sind 121 Genossen, darunter 17 Genossinnen, 12 Angestellte und 85 Arbeiter aus Betrieben. Von ihnen sind 109 gewerkschaftlich organisiert. Unter den Nichtorganisierten befinden sich eine Reihe Hausfrauen, so daß nur drei Genossen feiner Gewerkschaft angehören. Aus der Statistik geht ferner hervor, daß der größte Teil der anwesenden Genossen bereits vor dem Krieg politisch und gewerkschaftlich organisiert war.

Darauf wird in den letzten Punkt der Tagesordnung:

## Provinziallandtags und Freitagswahl

eingetreten. Genosse Labemann berichtet kurz: Diese Wahlen am 29. November sind von großer politischer Bedeutung. Sie werden ausweisen, welcher Teil der Arbeiterklasse sich für die Orientierung einsetzt und welcher Teil für den Locarno-Pakt, für die Historisierung mit der deutschen Bourgeoisie. Auf diese Frage wird auch von den Referenten in den Wahlberatungen hingewiesen werden müssen. Der Genosse Labemann kommt auf die Frage des Vorkommens des SPD zu sprechen. In unserem Bezirk hat die SPD, es nicht für nötig gehalten, auch nur das Angebot zu beantworten. Erst einen Tag nach Ablauf der Wählfrist einer Wählerverbundung hat das „Volkswort“ in einem Schlußartikel die Verbindung abgelehnt. Dies müssen wir allen Arbeitern lagern.

Und dabei ist besonders zu beachten, daß im englandlich bestehenden Provinziallandtag 56 Bürgerliche 54 Kommunisten und Sozialdemokraten gegenüberstehen.

Voriges Mal haben sogar die rein proletarischen Bezirke nicht mitgewählt. Wir haben auch den Freitags die besten Genossen aufgestellt. Wir müssen auch bei diesen Wahlen einen Sieg davontragen wie er in der Berliner Stadtparlementarismus von der Kommunistischen Partei erungen wurde. Wir müssen für ein rotes Provinzialparlament, für ein rotes Kreisparlament kämpfen, und klar die Frage an die SPD stellen, ob sie proletarische Politik mitmachen will. Die Arbeiter der SPD haben ein williges Ohr für diese Frage, wenn sie nicht von ihren Führern künstlich aufgekauft werden. Man beachte übrigens die Kandidaten der SPD. Die ersten bezügl sind alles Angehörige. Im Wahltag selbst müssen alle Parteimitglieder ihre Arbeitskraft anwenden und die höchste Aktivität entfalten. Wir müssen bei anderen in den großen Städten alle Arbeiter zur Wahlurne bestimmen.

Eine Diskussion über dieses Referat findet nicht statt. Es erfolgt der Bericht der Reaktionskommission über die Resolution. Sie wird mit einigen Änderungen gegen eine Stimme und zwei Stimmenhaltungen angenommen. Die Resolution zur Jugendfrage wird ebenfalls angenommen. Die Annahme des Statutes für Provinziallandtagswahl erfolgt einstimmig. Die Konferenz wird unter dem Gehang der „Internationalen“ geschlossen.

Die Entschärfungen können am Montagabend erst morgen gebracht werden.

## Kämpfe um Arbeitszeit und Brot

### Aufgabenbericht in Leipziger Gewerkschaftsversammlungen

Leipzig, die am 11. November im großen „Volkshaus“ zu Leipzig tagende, hat die gemeinsame Mitgliederversammlung der Bezirke der Maler, Metzler, Dachdecker und Talarbeiter nimmt dem Referat des Kollegen Birkbe (Arbeiterdelegierter) über den Kampfe der Gewerkschaften und die unvollständige Lösung der Wirtschaftslage der Arbeiterklasse mit Begeisterung zu. Mit dem Aufruf der Wirtschaft hat auch die Erhöhung der Löhne Schritt gehalten. Industrie, Handel und Gewerbe haben bereits heute bedeutend höhere Löhne erzielt als in Deutschland. Die Verarmung erkennt die wiederholten Zeilungen des russischen Staatsrats auf allen Gebieten vollkommen und vertritt, mit allem Nachdruck sich für den Arbeiter- und Bauernland Aufstand trotz aller Verleumdungen mit aller Kraft einzusetzen.

### Vor der Gesamtsperierung der Kupferschmelze im Reich

In dem Kampfe der Arbeiter der Kupferschmelzereien Groß-Berlins kämpfen die Unternehmer zur Aussperrung der Arbeiter. Bei einer von internen Seite angelegten Vernehmung machten diese den Arbeitern den ultimativen Vorschlag, den gefällten Schmelzdruck unter der jetzigenen Spruch bleibt. Sollten die Arbeiter dieses Diktat ablehnen, so würde die Gesamtsperierung aller in den Kupferschmelzereien im Reich befindlichen Kupferschmelze durchgeführt werden. Dieses Ultimatum lehnten die Arbeiter geschlossen ab, so daß der Kampf unausweichlich ist.

### Beschärfung des Konflikts im Berliner Verkehrs-gewerbe

Die am 18. November stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Verkehrsbereich und der Direktion der Berliner Eisenbahnen sind gescheitert. Die Direktion lehnte jede Lohn-erhöhung ab. Die Verhandlungen, die in den letzten Tagen in den verschiedenen Gruppen der Berliner Verkehrsunternehmen stattgefunden haben, zeigen, daß die Unternehmer mit allen Mitteln zum Streik treiben. Für die Arbeiter der Berliner Verkehrs-gewerbe bleibt kein anderer Weg, als die geflossene Annahme des Kampfes. Eisenbahn-, Post- und Straßenbahnen sind in einer Front vereint, werden leicht in der Lage sein, den Machtwillen der Unternehmer zu brechen und ihre Forderungen durchzusetzen.

## Unser Roman

Wenn heute irgendeine Umstände hätte nicht entstehen, so würde die Besetzung der Besetzung sein.









